

Ökumenisches Forum Berlin, 1990

Zeugnis der Betroffenheit Ökumenisches Forum Berlin

Am 24. Juni 1990 trafen wir uns als ehemalige Delegierte, Berater und Beraterinnen der Ökumenischen Versammlung in Berlin zu einem Ökumenischen Forum. Wir fanden uns zusammen als auf verschiedene Weise Betroffene. Einige von uns haben neue Verantwortungen in Regierung und Opposition übernommen, andere sehen sich im Beruf vor einschneidende Veränderungen gestellt oder sind von Entlassung bedroht. Gemeinsam fragten wir uns nach der Wirksamkeit der Beschlüsse der Ökumenischen Versammlung nach den tiefgreifenden Veränderungen des letzten Jahres.

Geht unsere Hoffnung weiter?

Wir sind betroffen

- von den Entwicklungen in unserem Lande und den vermutlichen Auswirkungen auf die globale Situation;
- von der Schwierigkeit, Demokratie als Herrschaft des Volkes zu verwirklichen;
- von dem Drang, sich schnell an neue Machtverhältnisse anzupassen;
- von der weitgehenden Ausblendung der Weltprobleme;
- von der Abwertung von Visionen zugunsten pragmatischer Lösungen;
- von der eigenen Unfähigkeit, die Optionen der Ökumenischen Versammlung in die Tat umzusetzen.

Entsprechend den Maßstäben, die wir in Dresden gefunden hatten, versuchten wir unsere heutige Betroffenheit zu artikulieren.

Wir laden alle ehemaligen Delegierten, Berater und Beraterinnen, die Kirchen und Gemeinschaften, die sie entsandt haben, und alle, die in unserem Land mit auf dem Weg der Hoffnung sind, zum Mitdenken ein. Ganz besonders wenden wir uns an diejenigen ehemaligen Delegierten, Berater und Beraterinnen der Ökumenischen Versammlung, die jetzt neue politische Ämter übernommen haben.

1. Am 30. April 1989 verabschiedete die Ökumenische Versammlung mit großer Mehrheit zwölf Beschlußtexte, in denen gemeinsame und verbindliche Antworten auf die Herausforderungen versucht wurden, vor die sich Christen und Kirchen in der DDR im weltweiten Kontext gestellt sahen. Wir riefen zur Umkehr in den Schalom auf, zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Heute müssen wir feststellen, daß sich die globale Situation im Laufe des vergangenen Jahres eher noch verschärft hat. Im Vorbereitungspapier zur Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung im März 1990 in Seoul heißt es: „... nach allem, was wir wahrnehmen, steht die Weltgemeinschaft in diesem Augenblick der Geschichte vor vielfältigen Bedrohungen, die so bedrängend sind, so gehäuft und so miteinander verflochten,

daß man von dem Beginn eines Kampfes auf Leben und Tod für das Überleben auf diesem Planeten sprechen kann ...“

2. In unserem Land haben sich die Beschlüsse der Ökumenischen Versammlung als ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur demokratischen Umgestaltung in der DDR erwiesen. Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen im Raum unserer Kirchen gaben den Anstoß zur friedlichen Revolution des Herbstes. In den dramatischen Tagen des Oktober erlebten wir gemeinsam mit Nichtchristen die friedensstiftende Kraft der Gebete. Wir erfuhren in unseren Kirchen die Gemeinschaft von Christen und Nichtchristen in einer Offenheit, die voller Verheißung ist. Dafür danken wir Gott.

Die Hoffnungen und Erwartungen, die die Ökumenische Versammlung in ihrem Beschlußtext „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ äußerte, sind seither weitgehend in Erfüllung gegangen: Demokratie, Öffentlichkeit, Gewaltenteilung, Beschränkung des Staates auf seine eigenen Aufgaben, Reisefreiheit. Die Angst vor der Staatssicherheit wurde gebannt. Dies ist ein großer Fortschritt politischer Gerechtigkeit. Dafür danken wir Gott.

Aber die Hoffnung, daß die historische Chance der Wende in der DDR zu Schritten der Umkehr im Sinne der Beschlüsse der Ökumenischen Versammlung führen könnte, hat sich nicht erfüllt. War die treibende Kraft der Herbstrevolution noch der Wille des Volkes zur Beseitigung der Unrechtsherrschaft der SED und zur Gewinnung von Freiheit und Demokratie, so überwog nach der unvorbereiteten Öffnung der Mauer mehr und mehr der Drang nach Konsum und Wohlstand der Bundesrepublik. Dieser Drang wurde in politische Macht umgemünzt, als im Wahlkampf zur Volkskammerwahl die Einführung der D-Mark als Verheißung schnellen Wohlstandes propagiert wurde. Seither beherrschte der Staatsvertrag zur Herbeiführung der Währungsunion am 1. Juli 1990 die deutsche Einigungspolitik. Er wurde an beiden deutschen Parlamenten vorbei von Regierungskommissionen hinter verschlossenen Türen verhandelt. Eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit konnte wegen Mangel an Informationen und Zeit nicht stattfinden. Obwohl dieser Vertrag das Leben jedes DDR-Bürgers tiefgreifend verändert, wird es keinen Volksentscheid da-rüber geben. Diese Ungerechtigkeit trägt den Keim des Unfriedens in sich und widerspricht unserer Einsicht, daß Frieden nur als Frucht der Gerechtigkeit zu gewinnen ist.

3. Angesichts des rasanten gesellschaftlichen Wandels in unserem Land und der sich verschärfenden globalen Probleme erinnern wir an die drei vorrangigen Optionen der Ökumenischen Versammlung:

- die Option für die Armen;
- die Option für Gewaltfreiheit;
- die Option für den Schutz und die Förderung des Lebens.

Dringender als früher ist Umkehr geboten: „Von der Vergötzung des Wirtschaftswachstums und der Wirtschaftsmacht zur Solidarität mit den Armen und zur Umverteilung von Macht; von der Friedenssicherung durch Androhung und Ausübung von Gewalt zur Friedensordnung durch Vertrauensbildung und Abrüstung; von der Gewalt- und Willkürherrschaft über die Natur zur Solidarität und Kooperation mit ihr“ (ÖV 1,4).

Der Option für die Armen widerspricht die Integration der DDR in ein Wirtschaftssystem, das die Verarmung breiter Massen in der Dritten Welt produziert und davon profitiert. Auch in unserem Land kann die zunehmende soziale Differenzierung eine „neue Armut“ erzeugen. Es ist zu befürchten, daß sozial Schwache wie alleinerziehende Mütter, ältere Bürger und Behinderte an den Rand der Gesellschaft gedrängt und benachteiligt werden. Es besteht die Gefahr, daß Menschen allein an ihrer Leistungsfähigkeit gemessen werden.

Der Option für Gewaltfreiheit widerspricht die geplante Integration in das militärische System der NATO. Die derzeitige Militärdoktrin der NATO ist Ausdruck eines konfrontativen Blockdenkens, das die Herausbildung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems unter Einbeziehung der Sowjetunion verhindert. Es besteht auch die Gefahr, daß die liberale Zivildienstgesetzgebung der DDR - ein Ergebnis der Wende - nach Anschluß an die BRD wieder enger gefaßt wird. Zu erwartende Differenzierungen bergen die Gefahr innergesellschaftlichen Unfriedens in sich. Hier liegen Wurzeln für Gewalttätigkeit, Ausländerfeindlichkeit, Vorurteile, neue Feindbilder sowie Rechts- und Linksradikalismus. Außen- und innenpolitisch sind Schritte von der Friedenssicherung zur Friedensgestaltung notwendig.

Der Option für den Schutz und die Förderung des Lebens widerspricht, daß der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie weiter besteht. Wohlstandserwartungen führen zu verstärktem wirtschaftlichem Wachstum. Wenn aber Wachstum nicht sinnvoll begrenzt wird, besteht die Gefahr, daß Umwelt und künftige Generationen weiter geschädigt werden. Umbau von Industrie und Landwirtschaft und die Gestaltung der persönlichen Lebensweise sind an der Verträglichkeit für die Natur, der sozialen Verträglichkeit und den Interessen kommender Generationen zu messen.

Mit der Wende in der DDR wurde keine Umkehr zum Schalom vollzogen. Der Staatsvertrag bindet die DDR in das weltweit dominierende Wirtschafts- und Sozialsystem des Westens ein. Trotz seiner Wirtschaftskraft hat dieses System keines der großen Probleme gelöst und ist hauptverantwortlich für die globale Krise. Mehr als bisher werden wir mitschuldig am Elend der Hungernden. Wenn es nicht gelingt, die Einigung Deutschlands mit weitgehender Abrüstung und dem Abbau der militärischen Konfrontation in Europa zu verbinden und die freiwerdenden Mittel für solidarische Hilfe in Ländern der Zweidrittelwelt zu verwenden, muß befürchtet werden, daß die globale Krise eher beschleunigt als verzögert wird.

4. Der Beschluß „Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ der Ökumenischen Versammlung ist aktueller, der Ruf zur Umkehr dringender denn je. Wir rufen die Gemeinden und Christen in der DDR auf, auch nach der Wende im konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nicht nachzulassen. Die Überlebensfragen der Menschheit stehen weiterhin, nun im neuen Kontext, auf der Tagesordnung.

Die Weltversammlung in Seoul verpflichtete sich und die Kirchen zum Einsatz:

- „für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und für die Befreiung von der Last der Auslandsschulden;
- für wirkliche Sicherheit aller Staaten und Völker und für eine Kultur der Gewaltlosigkeit;
- für die Erhaltung der Erdatmosphäre und für die Entwicklung einer Kultur, die es erlaubt, in Harmonie mit der ganzen Schöpfung zu leben;

- für die Abschaffung von Rassismus und Diskriminierung auf allen Ebenen und im Interesse aller Menschen und für den Abbau von Verhaltensmustern, die die Sünde des Rassismus fortsetzen.“

In unserem Land ergeben sich daraus vielfältige Aufgaben, zum Beispiel:

- Für die Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern der Zweidrittelwelt zu arbeiten, die sie nicht verschulden, und die mit gerechten Preisen abgewickelt werden.
- Auf den Aufbau einer Friedensordnung im Rahmen des KSZE-Prozesses hinzuwirken, anstatt die DDR in die bestehende NATO einzubinden und die Sowjetunion und andere Länder Osteuropas auszuschließen.
- Programme zur Minimierung des Energieverbrauchs zu unterstützen und dafür einzutreten, daß in alternative Energienutzung und nicht in den Ausbau der Kernenergie investiert wird.
- Um ein Klima der Offenheit, Toleranz und Gastfreundschaft gegenüber Ausländern und ihren Kulturen bemüht zu sein.

5. Auch für die Kirchen in der DDR bedeutet das Ende der SED-Herrschaft das Ende von Benachteiligungen, Behinderungen und Überwachung. Neue Möglichkeiten für Zeugnis und Dienst der Gemeinde tun sich auf. Die Kirchen könnten nun heraustreten aus der Armut und Machtlosigkeit, in die sie gedrängt waren, und wieder die geachtete Stellung in der Gesellschaft einnehmen, die sie in früheren Zeiten hatten. Dies aber wäre Rückkehr statt Umkehr.

Wir haben die Freiheit und Glaubwürdigkeit unserer Kirchen als Folge ihrer Armut und Machtlosigkeit in der Trennung vom Staat als Geschenk Gottes erfahren. Wollen wir dies durch eine neue Liaison mit dem Staat aufs Spiel setzen? Wollen wir die klare Absage an militärische Abschreckung nun mit Rücksicht auf den Staat relativieren und durch Teilnahme am Militärseelsorgevertrag verdunkeln? Wollen wir wieder Religionsunterricht in den Schulen statt Christenlehre und kirchliche Unterweisung in den Gemeinden? Wollen wir von staatlich eingezogenen „Kirchensteuern“ oder von den Spenden der Gemeindeglieder leben? Sind diejenigen Kirchen zur Selbstfinanzierung bereit und in der Lage, die so lange von der finanziellen Hilfe westdeutscher Kirchen gelebt haben? Soll die Kirche wieder eine „Dienstleistungseinrichtung“ für religiöse Bedürfnisse werden? Dies sind Fragen, die die Angleichung kirchlicher Existenz in der DDR an die der Bundesrepublik mit sich bringt. Sie sind an die Christen, Gemeinden und Kirchen in der DDR gerichtet, aber auch die Kirchen in der Bundesrepublik sollten sie hören. Gemeinsame Antworten müssen aus dem Glauben heraus gefunden werden.

In Dresden haben wir gesagt, „Kirche des Friedens werden, heißt versöhnungsbereiter, menschenfreundlicher, veränderungsfähiger zu werden, heißt umzukehren in die Nachfolge Christi“ (ÖV 7,2). Die Kirchen in der DDR haben heute einen Vertrauensvorschuß, der verspielt werden könnte oder ihr Mandat verfälschen, wenn sie nach Ansehen und Macht streben. In der Nachfolge Christi versöhnungsbereiter sein, heißt heute: mit den Schuldiggewordenen reden; menschenfreundlicher sein, heißt heute: mit den neuen Armen solidarisch sein; veränderungsfähiger sein, heißt heute: neue Aufgaben wahrnehmen und den Weg der Hoffnung gehen.

Berlin, 24. Juni 1990

Für das Ökumenische Forum: Elisabeth Adler - Hans-Jürgen Fischbeck - Klaus Wazlawik